

Dieses Formblatt ist im Rahmen der **elektronischen Angebotsabgabe** (e-Vergabeplattform) ausgefüllt an die Vergabestelle zu übermitteln.

Firma	KISTERS AG
Straße	Pascalstrasse 8+10
Postleitzahl, Ort	52076 Aachen
Bearbeiter	
Telefon/Telefax	
Geschäftszeichen	
Nummer der Eintragung in einem öffentlichen Register oder Geschäftsnummer der Geheimhaltungsbehörde	
Registergericht oder Genehmigungsbehörde	
Sind Sie gemäß der EU-Empfehlung 2003/361/EG der Europäischen Union ein kleines bzw. mittleres Unternehmen?	

An das

Informationstechnikzentrum Bund (ITZBund)
Referat Z 4 – Arbeitsbereich Z 42
Dienstsitz Berlin
Prenzlauer Promenade 28
13089 Berlin

Betr.: **Angebot zum Vergabeverfahren**

„Pflegeleistungen für das Fachverfahren WISKI7“

Z42-2021-0165

Bestandteile des Angebotes (Formblätter jeweils ausgefüllt und ggf. je nach Anforderung in Textform oder Schriftform gezeichnet):

- Anschreiben und Bietererklärung (dieses Dokument, Anlage b)
- Ausgefülltes Leistungsverzeichnis
- Ausschlusskriterien – formal und Eignung (Anlage c)
- Datenblatt Vertragsdaten (Anlage d)
- Ggf. Erklärung Bietergemeinschaft, sofern zutreffend (Anlage e)
- Ggf. Mittelbereitstellungserklärung(en) von Unterauftragnehmern, sofern zutreffend (Anlage f)

Ich biete die geforderte Leistung wie in den o. a. Anlagen beschrieben an.

Im Rahmen der elektronischen Angebotseinreichung erkläre ich mein Angebot mit Hochladen auf der e-Vergabepattform des Bundes in sämtlichen Teilen für rechtsverbindlich, auch soweit eine Unterschrift der einzelnen Unterlagen nicht erforderlich ist und somit nicht erfolgt.

Mein Angebot entspricht den Anforderungen, die sich aus den Ausschreibungsbestimmungen und den Vergabeunterlagen ergeben.

Ich erkläre, dass sämtliche Erklärungen in Bezug auf meine Eignung sowie bezüglich der Qualität der Leistung nach bestem Wissen und Gewissen der Wahrheit entsprechend abgegeben werden.

Ich bin mir bewusst, dass wissentlich falsch gemachte Angaben bzw. Verweigerung der nachfolgenden Erklärungen meinen Ausschluss von der Teilnahme der Ausschreibung zur Folge haben.

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass auch Erkenntnisse über meine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, sowie Kenntnisse über zwingende oder fakultative Ausschlussgründe gemäß §§ 123, 124 GWB, die unabhängig von meinen hier abgegebenen Erklärungen verfügbar sind, zum Ausschluss vom Vergabeverfahren führen können.

1 Erklärung zur Verwendung der Ausschreibungsunterlagen

Ich erkläre, dass ich die Vergabeunterlagen und die darin enthaltenen Informationen ausschließlich zur Erstellung des Angebotes verwenden werde.

Jede anderweitige Verwendung oder Weitergabe (auch auszugsweise) ist ohne die ausdrückliche Genehmigung des ITZBund untersagt und wird von mir nicht vorgenommen.

2 Erklärung über unveränderte Vergabeunterlagen

Ich erkläre hiermit, dass an den Unterlagen der Vergabestelle (vorgegebene Texte, Vordrucke, Bieterklärung etc.) keine Zusätze angebracht oder Änderungen vorgenommen wurden.

Anmerkungen _____

3 Erklärung über die Kostenfreiheit des Angebotes

Ich erkläre, dass der Vergabestelle keine Kosten durch die Bearbeitung des Angebotes in Rechnung gestellt werden und entstehen.

4 Erklärung über nicht erfolgte wettbewerbsbeschränkende Abreden

Ich erkläre, dass ich keine Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen habe, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken.

5 Personenbezogene Daten

Ich erkläre, dass mir die Einwilligungen der betroffenen Personen vorliegen, deren Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens an das ITZBund zu übermitteln, zu speichern und für die Angebotsbewertung sowie falls erforderlich in den Verträgen zu verwenden.

6 Erklärung über gewerbliche Schutzrechte

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

[REDACTED]

7 Erklärung über die Generalunternehmerschaft und/oder Beauftragung von Unterauftragnehmern

Ich erkläre hiermit, dass ich die angebotene Leistung als Generalunternehmer erbringen werde.

Bei der Erbringung der angebotenen Leistungen

- ☒ sind **keine** Unterauftragnehmer beteiligt.
- ☐ Ist eine Erbringung folgender Leistung(en) durch Unterauftragnehmer vorgesehen:

Die o. g. Leistung(en) soll(en) durch folgende Unterauftragnehmer erbracht werden:

☐ Die Benennung der Unterauftragnehmer zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe ist mir aus folgenden Gründen nicht zumutbar:

Sofern mein Angebot in die engere Wahl hinsichtlich der Erteilung des Zuschlages einbezogen wird, werde ich dem Auftraggeber auf Anforderung die Unterauftragnehmer benennen und mittels einer Verpflichtungserklärung des Drittunternehmens nachweisen, dass mir die erforderlichen Mittel dieser Unterauftragnehmer zur Verfügung stehen.

Mir ist bewusst, dass eine Nichtvorlage der Verpflichtungserklärung zum Abschluss des Angebotes führen kann.

Soweit eine Eignungsleihe erfolgt, d. h. der Bieter seine Eignung (auch) durch einen Unterauftragnehmer nachweist (Eignungsleihe), ist dieser Unterauftragnehmer bereits mit Angebotsabgabe zu benennen.

Die Bieter hat dafür Sorge zu tragen, dass er im Rahmen der Eignungsleihe/des Einsatzes von Unterauftragnehmern nur solche Unternehmen einsetzt, für die keine Ausschlussgründe nach §§ 123 f. GWB vorliegen.

Mit Nennung der Unternehmen erklärt der Bieter, dass ihm im Auftragsfall die Ressourcen der genannten Unternehmen für die vorgesehenen Aufgabenstellungen im Rahmen der Unteraufträge uneingeschränkt zur Verfügung stehen, bzw. dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel im Rahmen der Eignungsleihe tatsächlich zur Verfügung stehen.

Eine entsprechende Verpflichtungserklärung (Anlage „Mittelbereitstellungserklärung(en) von Unterauftragnehmern“) des Drittunternehmens ist im Fall einer Eignungsleihe mit Angebotsabgabe, im Fall einer Unterbeauftragung auf Verlangen der Vergabestelle spätestens vor Zuschlagserteilung vorzulegen. Die Verpflichtungserklärung muss von einer vertretungsberechtigten Person des Drittunternehmens un-

terschrieben sein.

8 Erklärung über Arbeitsgemeinschaften und andere gemeinschaftlichen Bieter

(nur auszufüllen falls eine Bietergemeinschaft oder andere gemeinschaftliche Bieter ein Angebot abgeben werden).

Eine Angebotsabgabe ist auch für Arbeitsgemeinschaften und andere gemeinschaftliche Bieter möglich.

Ich erkläre daher, dass das Angebot für

- ☐ eine Arbeitsgemeinschaft
- ☐ andere gemeinschaftliche Bieter

abgegeben wird.

Ich erkläre

- ☐ folgendes Mitglied/folgende Mitglieder als bevollmächtigte(n) Vertreter für den Abschluss und die Durchführung des Vertrages:

- ☐ dass mir die Benennung derzeit noch nicht möglich ist, aber vor Zuschlagserteilung beigebracht wird.

9 Erklärung über die Anerkennung der Vertragsbedingungen

Im Falle einer Auftragserteilung werden mit dem erfolgreichen Bieter ein oder mehrere Verträge abgeschlossen. Die Entwürfe der Verträge inklusive aller Vertragsbedingungen sind den Vergabeunterlagen beigelegt.

Sonstige Geschäftsbedingungen, insbesondere die AGB des Auftragnehmers, sind ausgeschlossen.

Ich erkläre, dass ich die o. a. Vertragsbestandteile sowie die in den Anlagen der Vergabeunterlagen beigelegten Verträge als alleinige Grundlage der Auftragsausführung anerkenne.

10 Erklärung über die Angebotsbindefrist

Ich erkläre, dass ich mich mindestens bis zu der in der Angebotsaufforderung bzw. im Dokument „Vergabeunterlagen“ unter Abschnitt 4.3 genannten Angebotsbindefrist an mein Angebot halten werde.

Anmerkungen

z.B. über längere Frist

11 Erklärung über die Versicherung der Haftungshöchstsumme

Ich erkläre, dass die Haftungsrisiken für Schäden, die im Rahmen einer Auftragsabwicklung dem Auftraggeber zugefügt werden, durch eine Versicherung abgedeckt sind, die im Rahmen und Umfang einer marktüblichen deutschen Industriehaftpflichtversicherung oder vergleichbaren Versicherung aus einem Mitgliedsstaat der EU entspricht.

Ein entsprechender Nachweis kann auf Verlangen vorgelegt werden.

12 Erklärung über die finanzielle und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Bieters

Ich bestätige, dass ich weder an einem Insolvenz-, Konkursverfahren oder in Liquidation, noch in einem Verhältnis, dass nach den Rechtsvorschriften des Landes in dem mein Unternehmen ansässig ist mit den genannten Verfahrenen vergleichbar ist, beteiligt bin, noch dass sich ein solches Verfahren abzeichnet.

Ein entsprechender Handelsregisterauszug (nicht älter als drei Monate) oder entsprechende Dokumente (s. Erläuterung im Leitfaden für die Angebotserstellung) kann der ausschreibenden Stelle auf Verlangen vorgelegt werden.

Die Vorlage eines Nachweises der finanziellen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit z.B. in Form einer Bankerklärung kann durch die ausschreibende Stelle zusätzlich angefordert werden. Sie wird von mir auf Verlangen zur Verfügung gestellt.

13 Erklärung über die Zahlung von Steuern und Sozialabgaben

Ich erkläre, dass ich meinen gesetzlichen Pflichten zur Zahlung von Steuern und allen anderen Verpflichtungen zur Zahlung der Sozialbeiträge (z.B. Kranken-, Unfall-, Renten- und Arbeitslosenversicherung) nach den Rechtsvorschriften des Landes, in dem mein Unternehmen ansässig ist, nachgekommen bin.

Auf Verlangen kann der ausschreibenden Stelle ein entsprechender Nachweis vorgelegt werden.

14 Erklärung über nichtvorhandene Verfehlungen gemäß Korruptionsrichtlinie

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass ein Ausschlussgrund vorliegt, wenn eine schwere Verfehlung im Sinne der Korruptionsrichtlinie der Bundesregierung begangen wurde.

Eine schwere Verfehlung liegt insbesondere vor, wenn Bieter oder Bewerber nachweislich dem Beschäftigten einer Dienststelle, der mit der Vorbereitung oder Durchführung eines Vergabeverfahrens befasst ist, einen Vorteil für diesen oder einen dritten anbieten, versprechen oder gewähren.

Ich erkläre hiermit für mein Unternehmen und die entsprechend §§ 30, 31 BGB erfassten Vertreter für die Zeit ihrer Zugehörigkeit zu meinem Unternehmen, dass keine Verfehlungen gemäß der Korruptionsrichtlinie vorliegen.

15 Erklärung über die Nichtbeschäftigung von illegalen Arbeitskräften

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die erforderliche Zuverlässigkeit nicht besitzt, wer wegen illegaler Beschäftigung (§§ 8 Abs. 1 Nr. 2, 10 bis 11 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung – Schwarzarbeiterbekämpfungsgesetz – SchwarzArbG; § 404 Abs. 1 oder Abs. 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch; §§ 15, 15a, 16 Abs. 1 Nr. 1, 1c, 1d, 1f oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes – AÜG – oder § 266a Abs. 1 bis 4 StGB) zu einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen verurteilt oder mit einer Geldbuße von wenigstens 2.500 EUR belegt worden ist (vgl. § 21 SchwarzArbG).

Ich erkläre, dass die vorgenannten Punkte weder für mein Unternehmen noch bei einem der entsprechend §§ 30, 31 BGB erfassten Vertreter während der letzten 3 Jahre seiner Zugehörigkeit zu meinem Unternehmen vorliegen/vorgelegen haben.

Ein entsprechender Gewerbezentralregistrauszug (nicht älter als drei Monate) oder entsprechende Dokumente kann der ausschreibenden Stelle auf Verlangen vorgelegt werden.

16 Erklärung über das Nichtvorliegen sonstiger Straffälligkeiten

Ich erkläre hiermit, dass für mein Unternehmen und die entsprechend §§ 30, 31 BGB erfassten Vertreter für die Zeit ihrer Zugehörigkeit zu meinem Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 123 GWB vorliegen, insbesondere keine

- a) rechtskräftige Verurteilung wegen Bildung oder Beteiligung an einer kriminellen Organisation,
- b) rechtskräftige Verurteilung wegen Bildung oder Beteiligung an einer terroristischen Vereinigung,
- c) rechtskräftige Verurteilung wegen Bildung oder Beteiligung an einer kriminellen oder terroristischen Vereinigung im Ausland,
- d) rechtskräftige Verurteilung wegen Bestechung,
- e) rechtskräftige Verurteilung wegen Betrugs oder Subventionsbetruges oder
- f) rechtskräftige Verurteilung wegen Geldwäsche

vorliegt.

Auf Verlangen kann der ausschreibenden Stelle ein entsprechender Nachweis vorgelegt werden.

17 Erklärung über die Einhaltung des Daten- und Steuergeheimnis

Ich erkläre, dass die mir und anderen von mir beauftragten Personen im Rahmen der Zusammenarbeit und Angebotserstellung mit dem ITZBund zur Kenntnis gelangenden Daten und Informationen (inkl. den Vergabeunterlagen) zu keinem anderen Zweck als zur jeweiligen Aufgabenerfüllung verarbeitet, bekannt gegeben, zugänglich gemacht oder genutzt werden (§§ 24, 25 Abs. 1 BDSG; §§ 1, 355 StGB; §§ 1, 30 AO). Eine Verletzung dieses Gebotes ist strafbar und führt außerdem zum unmittelbaren Ausschluss von dem Vergabeverfahren.

Für personenbezogene Daten gelten die Bestimmungen des Bundesdatenschutzgesetzes (§ 43 BDSG), für steuerliche und sonstige Daten die Bestimmungen der Abgabenordnung (§ 30 AO) und des Strafgesetzbuches (§ 355 Abs. 1 und 2 StGB). Die vorgenannten Pflichten bestehen auch nach Beendigung der Zusammenarbeit fort.

Mir ist bekannt, dass einzelne Beschäftigte des Auftragnehmers vor der Ausführung ihrer Aufgaben – soweit vom Auftraggeber für erforderlich gehalten – nach § 1 Abs. 1 des Verpflichtungsgesetzes auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Obliegenheiten aus dem Auftrag verpflichtet werden.

Für die Teilnahme bzw. alle im Rahmen der Verpflichtungsveranstaltung durch den Auftragnehmer zu erbringenden Leistungen werden dem Auftraggeber keine Kosten in Rechnung gestellt.

18 Erklärung über die Nichtanwendung der Lehren von L. Ron Hubbard

Gemäß der Scientology-Organisations-Schutzklausel (SO-Schutzklausel des Bundes)

- erkläre ich, dass weder ich, noch die - entsprechend den in §§ 30, 31 BGB erfassten - verantwortlich handelnden Vertreter für die Zeit ihrer Zugehörigkeit zu meinem Unternehmen die "Technologie von L. Ron Hubbard" anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten.
- verpflichte ich mich sicherzustellen, dass die von mir zur Erbringung von Beratungs-/ Schulungsleistungen und anderen Dienstleistungen (inklusive Wartungs- und Installations-Aufgaben) für den Einsatz vor Ort vorgesehenen / eingesetzten Personen gegenwärtig sowie während der ggf. zustande kommenden Vertragsdauer nicht die "Technologie von L. Ron Hubbard" anwenden, lehren oder in sonstiger Weise verbreiten

19 Erklärung zur Akteneinsicht gemäß § 165 GWB

Meine Angebotsunterlagen werden Bestandteil der Vergabeakten der ausschreibenden Stelle. Im Falle eines Nachprüfungsverfahrens können gemäß § 165 GWB alle Beteiligten die Akten bei der Vergabekammer einsehen und sich durch die Geschäftsstelle auf ihre Kosten Ausfertigungen, Auszüge oder Abschriften erteilen lassen. Mir ist bekannt, dass die Vergabekammer die Einsicht in die Unterlagen nur dann zu versagen hat, soweit dies aus wichtigen Gründen, insbesondere des Geheimschutzes oder zur Wahrung von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen, geboten ist und diese Gründe von mir vorab bekannt gegeben werden (s. u. Erklärung). Erfolgt dies nicht, können die vergebende Stelle und die Vergabekammer von der Zustimmung des Bieters auf Einsicht ausgehen. Ich erkläre daher, dass

- ☒ meine Angebotsunterlagen uneingeschränkt bei der Vergabekammer durch alle Beteiligten eingesehen werden bzw. Auszüge oder Abschriften zur Verfügung gestellt werden können.
- ☐ ich bitte, die Akteneinsicht bzw. die Erteilung von Ausfertigungen, Auszügen oder Abschriften aus folgenden Gründen zu versagen:
 - ☐ Geheimschutz
 - ☐ Wahrung von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen
 - ☐ Sonstige Gründe:

Anmerkungen zu den Details zu den bestehenden Gründen bzw. der Art, wie von diesen Gründen betroffene Angebotsabschnitte in den Unterlagen kenntlich gemacht wurden (ggf. auf gesonderter Anlage):

